

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Forstausschusses (XVIII. Wahlperiode) der Stadt Bad Lauterberg im Harz am Montag, dem 20. Januar 2025, 18:00 Uhr, im Vortragssaal des Haus des Gastes.

Anwesende:

Beigeordneter Schäfer (Vorsitzender)
Stellv. Bürgermeister Speit
Beigeordneter Cziesla
Beigeordneter Körner
Ratsherr Baumann
Ratsherr Jakobi
Ratsherr Sommerfeld
Ratsherr Behling (Grundmandat ohne Stimmrecht)
Ratsherr Hungerland (Grundmandat ohne Stimmrecht)

Beratende Mitglieder:

Frau Brille
Herr Enders
Herr Spittmann

Von der Verwaltung:

Bürgermeister Lange
Städt. Rat Jockisch
Verwaltungsfachwirtin Gunkel
Verwaltungsangestellte Liesegang (als Protokollführerin)

Die Einladung zur Sitzung erfolgte am 13.01.2025.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Nr. 18 vom 09.12.2024
4. Beratung und Beschlussempfehlung zum Entwurf des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2025/2026 **R 101/XVIII**

5. Beschlussfassung über die Beauftragung der Verwaltung zur Durchführung einer Informationsveranstaltung für die Bürger*innen und den Rat der Stadt Bad Lauterberg im Harz zum Thema „Straßenausbaubeiträge“ **FA 124/XVIII**
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Beantwortung von Anfragen
- Anschließend **"Einwohnerfragestunde"**

Beratungsergebnis und Sitzungsverlauf:

TOP Nr. 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr die öffentliche Sitzung des Bau-,Umwelt- und Forstausschusses und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende gibt den Hinweis, dass nur Ausschussmitglieder und beratende Mitglieder Rederecht haben und keine Ratsmitglieder.

TOP Nr. 2

Anträge zur Tagesordnung

Es wurden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt.

TOP Nr. 3

Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Nr. 18 vom 09.12.2024

Die Niederschrift über die Sitzung Nr. 18 vom 09.12.2024 wird "einstimmig" genehmigt.

TOP Nr. 4

Beratung und Beschlussempfehlung zum Entwurf des Haushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2025/2026 - Sitzungsdrucksache R 101/XVIII

Herr Jockisch erläutert dazu den Ausschussmitgliedern, dass es im THH 6 – Sicherheit und Ordnung – durch erhöhte Abschreibungen für die neuen Feuerwehrfahrzeuge und

Gerätehäuser zu einer Verschlechterung von 111.000 € kommt. Ansonsten gibt es in diesem THH keine großen Veränderungen.

Investitionen wurden für einen Rüstwagen für die Feuerwehr Bad Lauterberg, einen MTW für die Feuerwehr Bartolfelde, den An- und Umbau des Feuerwehrgerätehauses Barbis und für weitere allgemeine Beschaffungen der Feuerwehren veranschlagt.

Im THH 7 – Bauwesen und Umwelt - ergibt sich eine Verschlechterung von 167.000 €, die sich überwiegend aus den veranschlagten Abrisskosten für das Gebäude des Stadtmarketings sowie aus der Erneuerung der Elektrizitätsversorgung auf dem Schützenplatz ergibt. Weitere Veränderungen ergeben sich im Wesentlichen durch die Veranschlagung der Förderprogramme im Rahmen des Klimaschutzes.

Investive Maßnahmen sind die Fahrzeuge und der Geräteträger für den Bauhof, im Rahmen des Förderprogramms mit einer Förderung von 90 %, die Stützmauer in der Barbiser Str., der Gehweg an der Bartolfelder Str., die Straßenbeleuchtung im Rahmen der Verkehrssicherung an der Augenquelle, der Ausbau „Am Scholben“ und Beschaffungen für Straßenreinigung und Winterdienst.

Fragen zu den Ausführungen von Herrn Jockisch ergeben sich nicht.

1. Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Straßenunterhaltungsmittel und Festlegung der Reihenfolge, der zu unterhaltenden Straßen:

Beigeordneter Cziesla erläutert die einzelnen Punkte des Antrags und fragt bei Frau Glage nach, wieviel von den eingestellten Mitteln aus dem Vorjahr noch übrig ist. Diese erläutert, welche Maßnahmen fertiggestellt oder noch im Bau sind und geht davon aus, dass die Mittel reichen werden bzw. ein gewisser Anteil übrigbleibt. Aus diesem Grund wird auf Punkt 1 des Änderungsantrages, die Erhöhung des Ansatzes für Straßenunterhaltung, verzichtet und dieser zurückgezogen.

Punkt 2, die Ausschreibung für die 3 Abschnitte laut Antrag soll bestehen bleiben, allein schon, damit der zeitliche Rahmen dafür eingehalten werden kann. Frau Glage erläutert dazu ihre Vorstellungen und verschiedene Verfahrensweisen.

Im Anschluss daran erfolgt eine Diskussion, an der sich die Ausschussmitglieder Körner, Jakobi, Speit, Spittmann und Cziesla beteiligen, hierbei geht es um die verschiedenen Straßen und um eine möglichst zeitnahe Umsetzung der Ausschreibung, die Benennung und Priorisierung der jeweiligen Straßen in den einzelnen Ortsteilen und um eine eventuelle Begehung im Zeitraum Ende Februar.

Diese Verfahrensweise findet allgemeine Zustimmung, wie auch der Übertrag der restlichen Mittel in das Jahr 2025.

2. Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Straßenkataster:

Beigeordneter Körner regt an, eine Übersicht der Straßen zu erstellen, mit dem jeweiligen Zustand dieser und einer Einschätzung welche Maßnahmen notwendig sind.

Frau Glage erläutert danach, wann ein Straßenkataster aus ihrer Sicht sinnvoll sein kann.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich einige Ausschussmitglieder und Frau Glage beteiligen, wird das Für und Wider sowie die Bezeichnung und die Aufgliederung dieses Straßenzustandsberichts/Straßenkatasters erörtert.

Im Anschluss daran wird sich geeinigt, eine solche Liste bis 2026 zu vervollständigen.

3. Antrag der SPD-Fraktion zum Straßenausbau "Am Scholben", Streichung der Baumaßnahme Nr. 66:

Herr Speit erklärt dazu, dass man dort mit den Anliegerbeiträgen noch nicht soweit ist, es aber nicht sein könne, dass Anlieger ggf. einen Beitrag von 200.000 - 300.000 € zahlen müssen, nur weil ein privates Vorhaben in dieser Straße umgesetzt werden soll. Eine Privatfinanzierung der Straßenbaumaßnahme sei aus seiner Sicht deutlich günstiger umsetzbar.

Deshalb bittet er um Streichung der Investitionsmaßnahme Nr. 66 und den Bürgermeister darum, mit dem Investor darüber zu sprechen, ob und wie eine Umsetzung der Maßnahme durch den Investor erfolgen könne.

Frau Gunkel erläutert, dass es sich um eine größere Anzahl von Anwohnern handelt und diese nach einer groben Berechnung ihrerseits, einen deutlich geringeren Anliegerbeitrag zahlen müssten. Der Bebauungsplan für dieses Gebiet ruht derzeit und da die Straße teilweise über Privatgrundstücke verläuft, müssen diese von der Stadt angekauft werden, damit hier Rechtssicherheit besteht.

Daran schließt sich eine ausführliche Diskussion zum Thema an, an der sich alle Ausschussmitglieder, Frau Gunkel und Frau Glage beteiligen. Diskussionsgrundlage bildet unter anderem die Anzahl der Anlieger, die genaue Berechnung und Kommunikation der Beiträge unter Einbeziehung aller Umstände, die Höhe der Planungskosten, die Setzung eines Sperrvermerkes und die Gesprächsführung mit allen Beteiligten.

Es wird sich darauf geeinigt, dass ein Sperrvermerk zu der Investitionsmaßnahme Nr. 66 angebracht wird. Herr Jockisch sagt zu, hierfür bis zum Finanz- und Wirtschaftsausschuss eine entsprechende Formulierung auszuarbeiten.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung der Baumaßnahme Nr. 66 wird zurückgezogen.

Danach ergeht einstimmige Beschlussempfehlung zu den Teilhaushalten 6 und 7 gemäß Sitzungsdrucksache R 101/XVIII.

Nach Beratungen in den Ortsräten, in den Fachausschüssen, im Finanz- und Wirtschaftsausschuss und im Verwaltungsausschuss beschließt der Rat der Stadt Bad Lauterberg im Harz die Haushaltssatzung für 2025 und 2026 inklusive des in die mittelfristige Finanzplanung 2027 - 2029 integrierten Investitionsprogramms. Weiterhin beschließt der Rat der Stadt Bad Lauterberg im Harz gemäß § 182 Abs. 4 Ziffer 3 NKomVG, dass für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 kein Haushaltssicherungskonzept nach § 110 Abs. 8 NKomVG aufgestellt wird.

TOP Nr. 5

**Beschlussfassung über die Beauftragung der Verwaltung zur Durchführung einer Informationsveranstaltung für die Bürger*innen und den Rat der Stadt Bad Lauterberg im Harz zum Thema „Straßenausbaubeiträge“
- Antrag FA 124/XVIII der Fraktion „Wählergruppe im Rat“ vom 06.12.2024**

Der oben genannte Antrag wurde nun zu dieser Ratssitzung fristgemäß vorgelegt und Herr Jackisch erläutert nochmals die Notwendigkeit dieser Informationsveranstaltung zum

Thema "Straßenausbaubeiträge" für die Bürger*innen und den Rat. Hierfür möchte er einen Referenten des "Bundes der Steuerzahler" einladen.

Daran schließt sich eine kurze Diskussion an, an welcher sich Herr Körner, Herr Behling, Herr Speit, Herr Jakobi, Herr Sommerfeld und Herr Czesla beteiligen.

Hieraus ergibt sich eine grundsätzliche Zustimmung für diese Informationsveranstaltung, jedoch sollte man nicht nur einen Referenten des "Bundes der Steuerzahler" dazu einladen, der die Sichtweise der Bürger*innen vertritt sondern auch einen Vertreter der Kommunalaufsicht, der auch die andere Seite betrachtet und erläutert.

Der Antrag der Fraktion „Wählergruppe im Rat“ wird daraufhin zurückgezogen. Dieser Antrag soll ergänzt und modifiziert werden, um ihn in der nächsten Sitzungsperiode erneut vorzulegen.

TOP Nr. 6

Mitteilungen der Verwaltung

Siehe Anlage zur Niederschrift.

TOP Nr. 7

Beantwortung von Anfragen

Ratsherr Behling erkundigt sich nach einem fehlenden 30 km/h Schild in der 30er Zone „Am Heibek -Wolfsgraben- Richtung Lutterstraße.

Frau Glage antwortet, dass die fehlenden Schilder nachbestellt und vom Bauhof wieder angebracht werden.

Stellv. Bürgermeister Speit bemängelt, dass die Parkplätze in der Andreasstraße nicht befahrbar sind, wenn die Hauptstraße samstags gesperrt ist. Er fragt, ob dies im Rahmen der Verkehrsschau begutachtet wurde?

Frau Gunkel antwortet, dass die Verkehrsschau eine Veranstaltung des Landkreises ist, an der die Stadt Bad Lauterberg mit beteiligt ist und Vorschläge machen kann. Es gehe aber primär um Landkreisstraßen für die die Stadt nicht zuständig ist und nicht jede Straße kann berücksichtigt werden.

Weiterhin fragt er, wer für die Straßenlaternen im Kurpark Richtung Gollée zuständig ist, da einige am Hang nicht leuchten.

Frau Glage erläutert, dass diese Lampen regelmäßig gestohlen werden und die Polizei darüber informiert ist.

Ratsherr Behling fragt, ob man für eine städtische Verkehrsschau auch den Präventionsrat mit ins Boot nehmen könnte? Frau Gunkel antwortet, dass dann sämtliche fachversierte Träger mit einbezogen werden müssen. Es ist auch eine Verkehrsschau der Gemeindestraßen geplant.

Herr Spittmann fragt, wann die defekte Lampe an der Bushaltestelle der Grundschule repariert wird.

Frau Glage antwortet, dass die Lampe der Stadt gehört und HarzEnergie die Instandsetzung ausführt.

Weiterhin fragt er nach dem Umzugstermin für den Kindergarten Bartolfelde.

Frau Gunkel antwortet, dass der Umzug voraussichtlich für Anfang Februar geplant ist.

Ratsherr Sommerfeld fragt, ob das Bauamt generell in der Lage ist, alle Termine für 2025 einzuhalten, da ihm bei einem Termin vor Ort aufgefallen ist, dass die zuständige Abteilung unterbesetzt zu sein scheint. Herr Jockisch gibt zu bedenken, dass der Fachbereich seit einem halben Jahr ohne Leitung ist, einige Stellen ausgeschrieben sind und die anfallenden Aufgaben derzeit priorisiert werden müssen. Eine abschließende, klare Aussage kann zu dieser Anfrage nicht getroffen werden. Herr Speit wünscht sich, dass der Bürgermeister klare Aussagen trifft und nicht Versprechungen macht, die nicht eingehalten werden können. Dies möge ihm Herr Jockisch ausrichten. Der Vorsitzende beendet die Diskussion an dieser Stelle.

Beigeordneter Cziesla fragt nach der Berücksichtigung verschiedener Straßen, wie die Schillerstraße, Goethestraße, Lessingstraße bei der Verkehrsschau und wer in 2019 die Festlegung für die Reuterstraße getroffen hat. Frau Gunkel erklärt, dass Unfallschwerpunkte und verkehrstechnische Problemfälle berücksichtigt wurden, Markierungen ausgeschrieben wurden, auf die es keine Angebote gab. Daher konnte kein Auftrag vergeben werden. Jetzt gibt es eine Firma, die diese Maßnahme aber auch nicht zeitnah umsetzen konnte.

Weiterhin fragt Herr Cziesla nach dem Abriss der Brücke „Am Mundloch“. Frau Glage erklärt, dass diese in der Planung für 2025 enthalten ist. Eine Umsetzung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltssatzung genehmigt wurde. Eine weitere Anfrage von Herrn Cziesla zur „Scholmwehrbrücke“ hinsichtlich des Kies im Vorbecken beantwortet Frau Glage. Ebenso seine Anfrage zu den Brückenbauwerken „Am Bürgerpark“ (Brücke über dem Wiesenbekgraben und Brücke über dem Hüttengraben). Der Eigentümer wollte ein Konzept zur Sanierung vorlegen, ist aber leider nicht erreichbar. Frau Glage erläutert kurz ihre Vorstellungen zum Vorhaben.

Anschließend "*Einwohnerfragestunde*":

Herr Hentis aus der Ahnstraße fragt, wie lange noch die Baucontainer auf der Promenade bei „Bernhardi“ stehen und ob es im Kurgebiet hinsichtlich der Baumaßnahmen zeitliche Einschränkungen und „Ruhezeiten“ gibt? Frau Gunkel und Frau Glage erläutern, dass dies eine längerfristige Baustelle ist und die Fußgänger die Straße überqueren und den Gehweg auf der anderen Seite benutzen müssen. Die Ruhezeiten sind in der Satzung geregelt, die unter der Webseite der Stadt einzusehen ist.

Ende der Sitzung: 19:58 Uhr



Protokollführerin